

Initiativantrag an den 33. Landesparteitag der CDU Sachsen-Anhalt

29. November 2025, Magdeburg

Einreicher:

Name, Vorname (Druckschrift)	Kreisverband	Unterschrift
Eisbein, Guido	Jerichower Land	

Antragstext:

Einen Aufruf zu einem „Neuen Aufbruch“ - Einfach nur „machen“, Einfach nur „anpacken“

Der Landesparteitag der CDU Sachsen-Anhalt möge beschließen:

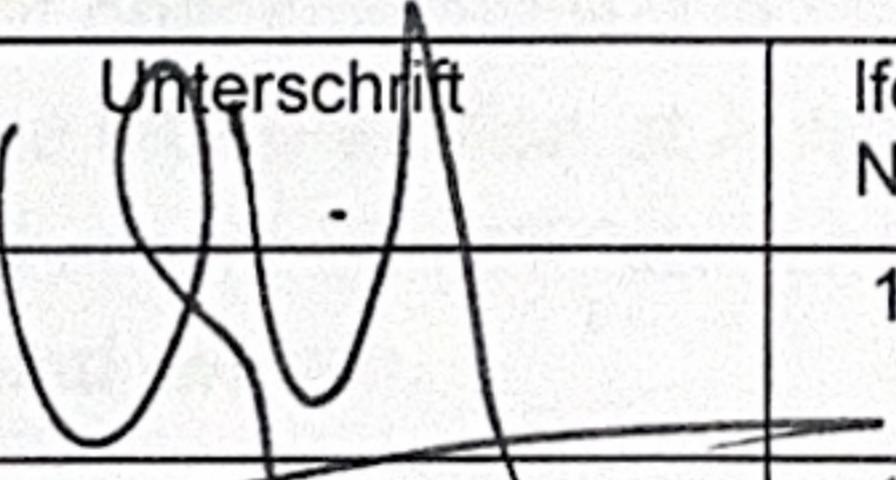
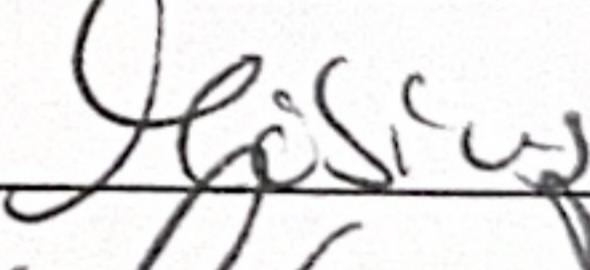
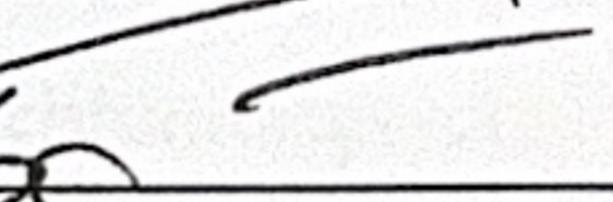
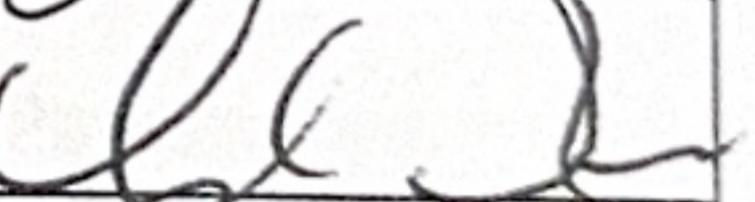
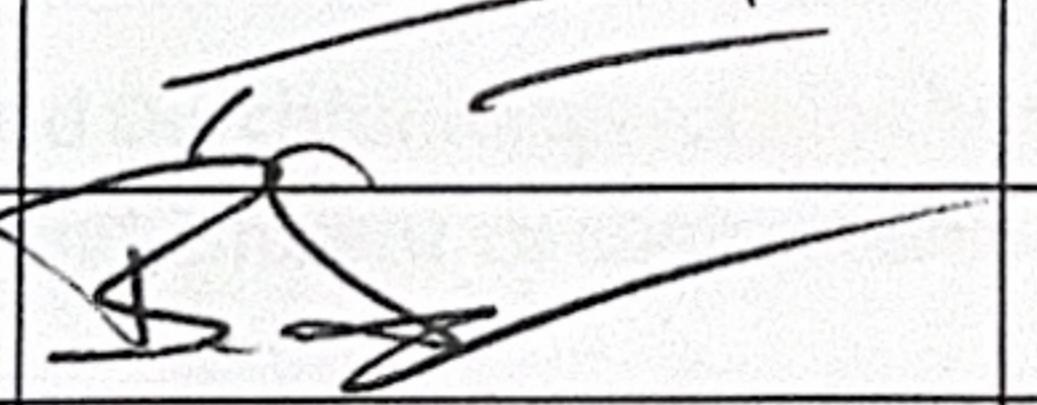
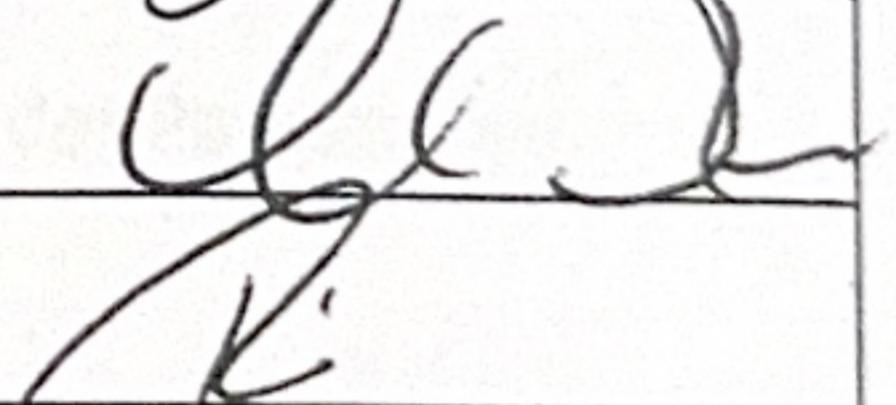
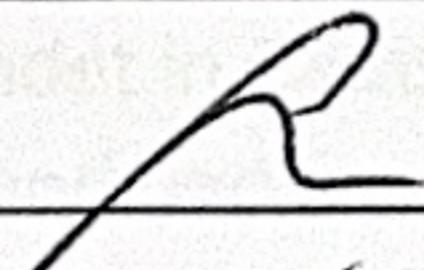
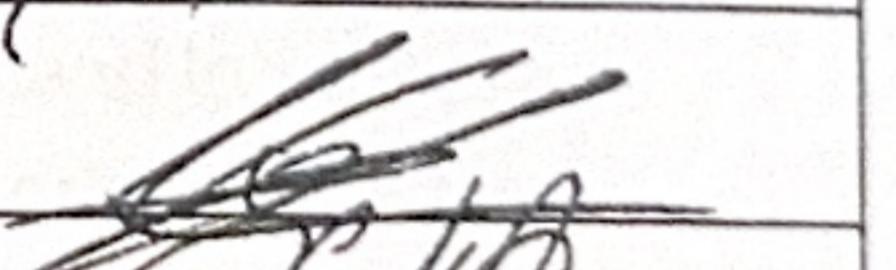
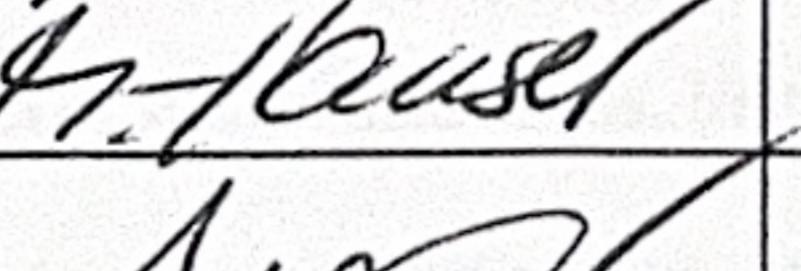
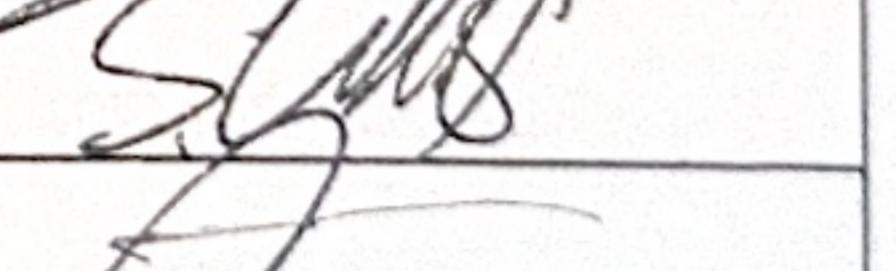
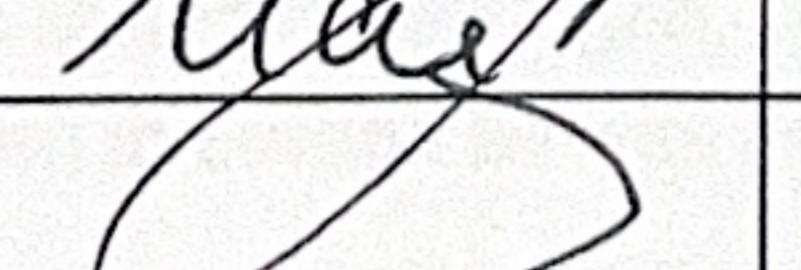
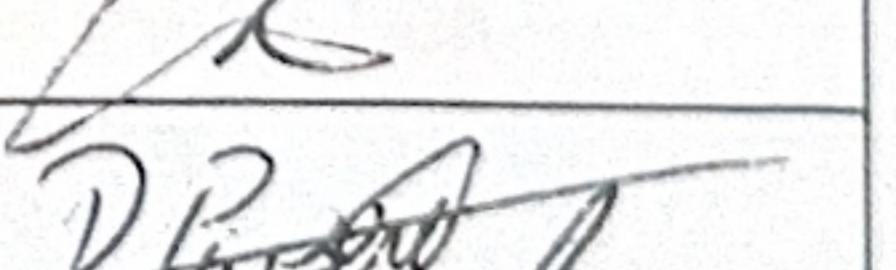
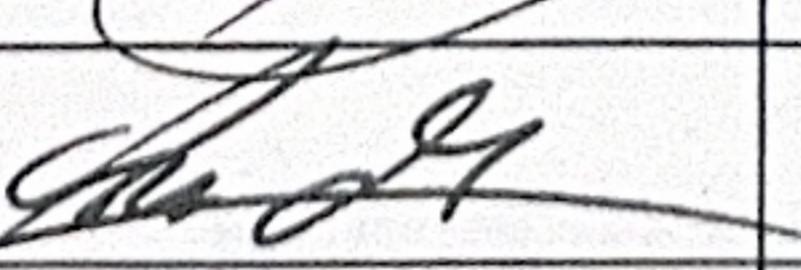
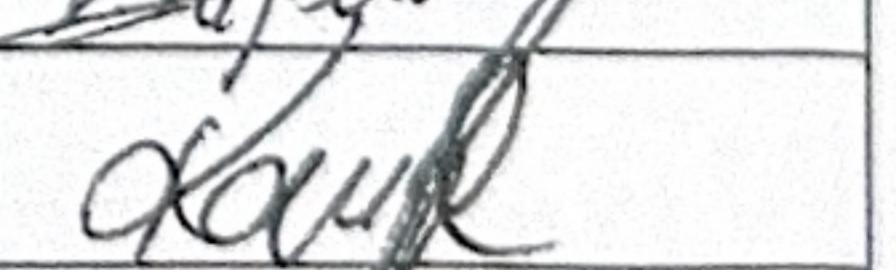
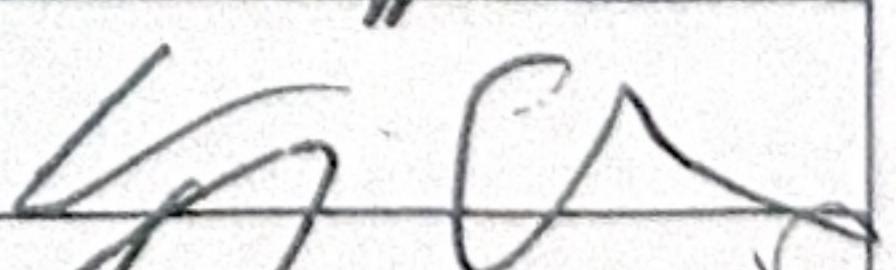
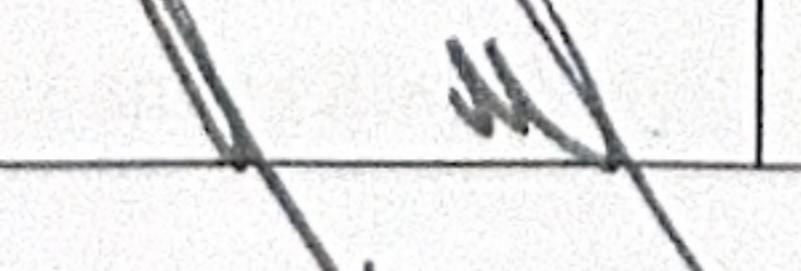
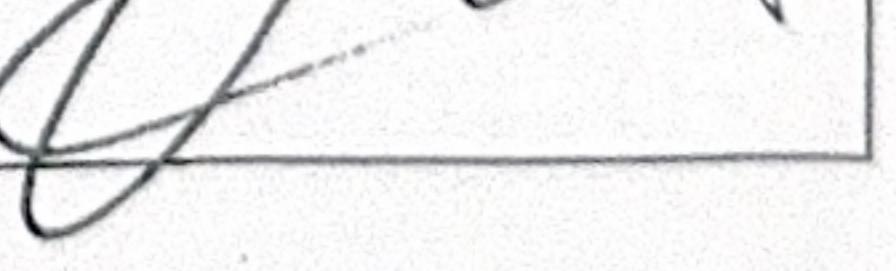
Die Übergabe des anliegenden Aufrufes mit Thesenpunkten an den Landesvorsitzenden der CDU Sachsen-Anhalt und den CDU-Bundesvorsitzenden. Wir fordern die dringend notwendigen Reformen zur umfassenden Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland kurzfristig herbeizuführen.

Begründung:

Die CDU verliert in den letzten Monaten immer mehr an Vertrauen bei den Bürgern, den klein- und mittelständischen Unternehmern und der Industrie.

Bedenken, Ängste und negative Erfahrungen der Bürger werden von der Politik oft kleingeredet, nicht wirklich wahrgenommen oder gar komplett ignoriert. Durch undurchschaubare Gesetze, Verordnungen und Rahmenrichtlinien ergibt sich ein Klima der Bevormundung und des Verhinderns statt des Ermöglichens und Vertrauens. Verwaltungen müssen sich wieder als Dienstleiter der Bürger und Unternehmen verstehen, denn staatliche Verwaltungen und ausgleichende Sozialleistungen hängen direkt von der Wirtschaftsleistung unserer Unternehmen ab.

Unterstützter/innen des Initiativantrages

lfd. Nr.	Name, Vorname (Druckschrift)	Unterschrift	lfd. Nr.	Name, Vorname (Druckschrift)	Unterschrift
1	Nowakowski		11	Möbius, Jana	
2	Fickel, m.		12	triki, Ach	
3	Hauser, Berlina		13	Patrick Fischer	
4	Stoll, Sabrina		14	Vöß, Johanna	
5	Hauser, Edelma		15	Wise, Sebastian	
6	Hausw, Christina		16	Christoph B	
7	von Döring, Anna		17	Papenhege, Daniel	
8	franc's Daniel		18	Kaupke, Dieter	
9	Reuk, Haga		19	Otto, Alexander	
10	Kremer, Hannah		20	Ullinger, Karola	

Auszug aus der Allgemeine Verfahrensordnung (Anlage A) der Satzung der CDU Sachsen-Anhalt

• Initiativanträge

§ 5 Antragsrechte

(2) Antragsberechtigt auf dem Landesparteitag ist jeder Delegierte, wenn er spätestens vor Ablauf der vom Parteitag beschlossenen Antragsfrist seinen Initiativantrag schriftlich und persönlich unterzeichnet beim Tagungspräsidium einreicht und dieser Antrag die Unterschriften von mindestens zwanzig stimmberechtigten Delegierten trägt. Bei Initiativanträgen ist im Bedarfsfall die mündliche Information des Landesparteitages durch das Tagungspräsidium zulässig.

(3) Geschäftsordnungsanträge können von allen stimmberechtigten Mitgliedern der Versammlungen jederzeit gestellt werden.

(4) Alle Anträge werden, sobald sie vom amtierenden Tagungspräsidenten des Landesparteitages zur Beratung aufgerufen sind, zunächst begründet. Dabei kann die Antragskommission vorschlagen, dass mehrere Anträge gemeinsam behandelt, begründet, beraten und abgestimmt werden.

Einfach nur „Machen“, einfach nur „Anpacken“

In Sachsen-Anhalt nahmen schon tiefgreifende Reformen ihren Anfang. Wir nehmen diesen historischen Sachverhalt zum Anlass in aktuellen Thesen einen „Neuen Aufbruch“ für unser Bundesland und Deutschland zu fordern.

Thesen:

- 1) Eine Kultur des Fortschritts und der Arbeit etablieren – ein „Neuer Aufbruch“.
- 2) Verwaltungsaufwand, Richtlinien und Bürokratie auf das Notwendigste reduzieren – damit die ausufernden Kosten für den öffentlichen Dienst, die Wirtschaft und damit für die Bürger erfolgreich zu senken.
- 3) Das „Sondervermögen“ investitionsbezogen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes nutzen. Investition in die marode Verkehrsinfrastruktur, Energieinfrastruktur, digitale Netze.
- 4) Investitionen in die Landesverteidigung müssen auch unsere Arbeitsplätze sichern.
- 5) Energiepolitik mit Voraussicht und Augenmaß – Ideologien und komplizierte bürokratische Rahmenbedingungen sind Ballast und enorme Kostentreiber.
- 6) Eine stabile Volkswirtschaft als Motor einer nachhaltigen Wachstums- und Klimapolitik mit realistischen Zielen.
- 7) Gesetzgebung für die Bürger
 - Gesetze werden durch die Volksvertreter in den Parlamenten mit klarem Zweck, Ziel und Willen des Volkes erlassen. Deren Interpretation ist Aufgabe der Parlamente.
 - Den Ordnungsbehörden obliegt die effektive Durchsetzung unserer Gesetze.
 - Die Justiz schlichtet oder sanktioniert in Streitfällen und gibt Hinweise um Gesetze zu konkretisieren. Eine Interpretation ist Aufgabe der Parlamente.
 - Verwaltungen sind unsere Dienstleister und ermöglichen das gesellschaftliche Zusammenleben und -wirken.
- 8) Verwaltungs- und Durchführungsvorschriften unterliegen der Überprüfung der Parlamente, um Zweck, Ziel und Effizienz zu kontrollieren.
- 9) Die Wertschöpfung findet in Deutschland statt. Arbeit muss sich in Deutschland lohnen. Nur unser starker Mittelstand und die Industrie können einen ausgleichenden Sozialstaat tragen.

Wir als Sachsen Anhalter fordern: Mit Bedenken, Verunsicherungen und Stillstand muss Schluss sein. Ängste der Bürger, ungerechte Lastenverteilungen, Wirtschafts- und darauf folgende Sozialkrisen sowie Staatsverschuldung haben in Europa bereits gesellschaftliche Umbrüche ausgelöst.

Ein „Neuer Aufbruch“ ! -- Einfach nur „Machen“ ! Einfach nur „Anpacken“ !